S 6 R 1668/22

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Baden-Württemberg
Sozialgericht	Sozialgericht Freiburg
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	6.
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	Eine teleologische Reduktion des § 118 Abs. 4 Satz 1 Alt. 1 SGB VI dahin, dass eine Inanspruchnahme des Empfängers einer unbaren Geldleistung, die zu Lasten eines Kontos mit postmortalen Renteneingängen erbracht worden ist, nur dann in Betracht kommt, wenn über die tatsächliche Weiterleitung eines entsprechenden Geldbetrags hinaus ein sachlicher Grund für die Abwälzung des Schadens auf den Zahlungsempfänger festzustellen ist, scheidet aus.
Normenkette	§ 118 Abs. 4 Satz 1 Alt. 1 SGB VI

1. Instanz

Aktenzeichen	S 6 R 1668/22
Datum	13.02.2024

2. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	-

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Â

Die Klage wird abgewiesen.

Â

Die Kosten des Rechtsstreits hat die Klägerin zu tragen.

Â

Â

Tatbestand

Â

Die KlÃ¤gerin wendet sich gegen eine Forderung der Beklagten, mit der diese von ihr die Erstattung von 33.937,34Â Euro als EmpfÃ¤ngerin von nach dem Tod zu Unrecht erbrachter Rentenleistungen verlangt.

Â

Die Beklagte bewilligte dem 1944 geborenen Rentenberechtigten, M. S., eine Altersrente ab dem 01.02.2009 und Ã¼berwies diese auf ein von ihm gefÃ¼hrtes Konto bei der Sparkasse L. Ã¼ber seinen Tod am 21.09.2015 hinaus bis zum 31.03.2020. Der Rentenberechtigte war in einer Wohnung in R. gemeldet, die er zusammen mit seiner Ehefrau von der KlÃ¤gerin gemietet hatte. Bei dieser handelt es sich um ein Wohnungsunternehmen, dessen Gesellschafter die Stadt R. und die Sparkasse L. sind. Die Miete wurde vom Konto des Rentenberechtigten mittels Lastschriftzug abgebucht. Als der Rentenberechtigte bei einem Verkehrsunfall in der TÃ¼rkei verstarb, zeigte seinen Tod niemand in Deutschland an. Die Beklagte zahlte die Altersrente weiter und die Miete wurde weiterhin von dem Konto abgebucht, auf das auch die Ehefrau des Rentenberechtigten Zugriff hatte. Nachdem die Stadt R. ihre Vermutung Ã¼ber den Tod des Rentenberechtigten im Dezember 2019 der Beklagten mitteilte, stellte diese die Rentenzahlung zum Ablauf des MÃ¤rz 2020 ein.

Â

Im Juli 2020 Ã¼bersandte die Stadt R. die Sterbeurkunde an die Beklagte. Diese forderte die Sparkasse L. zur RÃ¼ckÃ¼berweisung der nach dem Tod Ã¼berwiesenen Rente auf und erhielt am 08.09.2020 von ihr die Auskunft, dass der Kontostand zum Zeitpunkt des Eingangs der RÃ¼ckforderung am 04.09.2020 im Soll bei 575,21Â Euro lag. Sie selbst habe am 14.08.2020 Kenntnis vom Tod des Rentenberechtigten erlangt. Gleichzeitig teilte sie der Beklagten EmpfÃ¤nger und VerfÃ¼gende von Zahlungen des Rentenkontos nach dem Todeszeitpunkt mit.

Â

Mit Bescheid vom 27.11.2020 forderte die Beklagte nach AnhÃ¶rung der KlÃ¤gerin von ihr eine RentenrÃ¼ckzahlung, wobei sie den Ã¼berzahlungsbetrag mit 42.224,95Â Euro bezifferte und ohne nÃ¤here ErlÃ¤uterung eine Ã¼berweisung von 36.910,14Â Euro verlangte. Den hiergegen erhobenen Widerspruch wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 10.05.2022 zurÃ¼ck und forderte die KlÃ¤gerin zur Zahlung von 33.937,34Â Euro auf. Hierzu fÃ¼hrte sie aus, dass sich die nach dem Tod bis zur Einstellung weiter gezahlte Rente insgesamt auf

42.224,95Â Euro belaufe. Durch von Dritten zurÃ¼ckgeforderte BetrÃ¤ge in HÃ¶he von 1.754,75Â Euro sei die Ã¼berzahlung auf 40.470,20Â Euro verringert. Die im Zeitraum vom 01.10.2015 bis zum 31.03.2020 vom Konto des Rentenberechtigten an die KlÃ¤gerin Ã¼berwiesene Miete betrage 33.937,34Â Euro und dieser Ã¼berzahlte Betrag sei zu erstatten.

Â

Am 08.06.2022 hat die KlÃ¤gerin zum Sozialgericht Freiburg Klage erhoben. Sie macht im Wesentlichen geltend, dass Bedenken gegen die VerfassungsmÃ¤Ãigkeit der ErmÃchtigungsgrundlage zur RÃ¼ckforderung bestehen wÃ¼rden. So habe das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen mit Urteil vom 18.12.2019 [â¶¶ LÂ 2Â RÂ 116/19](#) (juris) entschieden, dass gutglÃubige EmpfÃnger, die im Rahmen des herkömmlichen GeschÃftsverkehrs bei der Abwicklung gegenseitiger VertrÃge unbare Zahlungen entgegennehmen, nicht zu deren Auskehrung an den TrÃger der gesetzlichen Rentenversicherung verpflichtet seien. Die Ehefrau des Rentenberechtigten sei beizuladen, denn sollte eine Erstattungspflicht der KlÃgerin bestehen, wÃ¼rde dies zu entsprechenden MietrÃ¼ckstÃnden zulasten der Ehefrau als Mitmieterin fÃhren, was die fristlose KÃndigung des Mietvertrags zur Folge hÃtte.

Â

Die KlÃgerin beantragt,

Â

den Bescheid vom 27.11.2020 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 10.05.2022 aufzuheben.

Â

Die Beklagte beantragt,

Â

die Klage abzuweisen.

Â

Sie ist der Ansicht, dass ihre Entscheidung rechtmÃÃig sei und verweist zur BegrÃndung auf ihre AusfÃhrungen im Widerspruchsbescheid.

Â

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Ã¼brigen Vorbringens der Beteiligten wird auf die Gerichtsakten und die beigezogenen Verwaltungsakten verwiesen.

Â

Â

Entscheidungsgründe

Â

Zum Rechtsstreit war die Ehefrau des Rentenberechtigten nicht nach [Â§Â 75 Abs.Â 2 Sozialgerichtsgesetz \(SGG\)](#) notwendig beizuladen, weil keine dafür erforderliche Identität der Streitgegenstände (Öffentlich-rechtliches Erstattungsverhältnis der Rente vom Empfänger an die Rentenversicherung einerseits und privatrechtliche Erfüllung im Mietrechtsverhältnis andererseits) vorliegt. Eine Beiladung nach [Â§Â 75 Abs.Â 1 SGG](#) hat die Kammer nicht für erforderlich gehalten.

Â

Die zulässige Klage ist unbegründet. Der angefochtene Bescheid vom 27.11.2020 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 10.05.2022 ist rechtmäßig.

Â

Die Verwaltungsentscheidung ist jedenfalls in der Gestalt, die sie durch den Widerspruchsbescheid gefunden hat (vgl. [Â§Â 95Â SGG](#)), hinreichend bestimmt im Sinne des [Â§Â 33 Abs.Â 1 Sozialgesetzbuch Zehntes Buch](#) (Sozialverfahren und Sozialdatenschutz (SGB X)). So lässt die Formulierung im Bescheid vom 27.11.2020 zwar zweifeln, ob der gesamte Überzahlungsbetrag in Höhe von 42.224,95 Euro oder lediglich ein rechnerisch nicht näher erklärter Restbetrag in Höhe von 36.910,14 Euro erstattet verlangt wird. Ein darauf zu stützender Bestimmtheitsmangel besteht jedoch nicht mehr, weil der Widerspruchsbescheid vom 10.05.2022 eindeutig klarstellt, dass eine Erstattung in Höhe von 33.937,34 Euro gefordert wird. Dieser Betrag wird zudem hinreichend erläutert als Summe der im Zeitraum vom 01.10.2015 bis zum 31.03.2020 tatsächlich vom Konto des Rentenberechtigten zugunsten der Klägerin abgebuchten Miete, wobei dieser Betrag auch nach Abzug anderweitig zurückgelangter Rentenzahlungen in Höhe von 1.754,75 Euro unterhalb der Gesamtsumme der überzahlten Rente liegt und damit insgesamt vom Erstattungsanspruch umfasst ist.

Â

Nach [Â§Â 118 Abs.Â 4 SatzÂ 1 Sozialgesetzbuch Sechstes Buch](#) (Gesetzliche Rentenversicherung (SGB VI)) sind, soweit Geldleistungen für die Zeit nach dem Tod des Berechtigten zu Unrecht erbracht worden sind, sowohl die Personen, die die Geldleistungen unmittelbar in Empfang genommen haben oder an die der entsprechende Betrag durch Dauerauftrag, Lastschriftinzug oder sonstiges

bankmäßiges Zahlungsgeschäft auf ein Konto weitergeleitet wurde (Empfänger) [§ 1 Alt. 1](#), als auch die Personen, die als Verfügungsberechtigte [§ 1](#) über den entsprechenden Betrag ein bankmäßiges Zahlungsgeschäft zu Lasten des Kontos vorgenommen oder zugelassen haben (Verfügende) [§ 2](#), dem Träger der Rentenversicherung zur Erstattung des entsprechenden Betrags verpflichtet.

Ä

Der Erstattungsanspruch gegen Empfänger nach [§ 118 Abs. 4 Satz 1 Alt. 1 SGB VI](#) ist anwendbar, weil ein vorrangiger Anspruch auf Rücküberweisung gegen das Geldinstitut in seiner Funktion als Zahlungsmittler nach [§ 118 Abs. 3 Satz 2 SGB VI](#) ausscheidet. Gegenüber den in [§ 118 Abs. 4 Satz 1 SGB VI](#) genannten Empfängern und Verfügenden besteht ein prozessuales und materielles Vorrangverhältnis des Rücküberweisungsanspruchs. Der Rentenversicherungsträger kann und darf gegen Dritte nach [§ 118 Abs. 4 Satz 1 SGB VI](#) erst und nur dann vorgehen, wenn die Geldleistung [§ 3](#) berechtigt [§ 3](#) nicht nach Abs. 3 von dem Geldinstitut zurücküberwiesen wird (ständige Rechtsprechung; vgl. BSG, Urteil vom 10.07.2012 [B 13 R 105/11 R](#), juris, Rn. 21 m.w.N.).

Ä

Das ist hier der Fall. Denn dem Rücküberweisungsanspruch gegen das Geldinstitut steht der Einwand der anderweitigen Verfügung gem. [§ 118 Abs. 3 Satz 3 Halbsatz 1 SGB VI](#) entgegen. Nach [§ 118 Abs. 3 SGB VI](#) gelten Geldleistungen, die für die Zeit nach dem Tod des Berechtigten auf ein Konto bei einem Geldinstitut, für das die Verordnung (EU) Nr. 260/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14.03.2012 zur Festlegung der technischen Vorschriften und der Geschäftsanforderungen für Überweisungen und Lastschriften in Euro und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 924/2009 (ABl. L 94 vom 30.03.2012, S. 22) gilt, überwiesen wurden, als unter Vorbehalt erbracht (Satz 1). Das Geldinstitut hat sie der überweisenden Stelle oder dem Träger der Rentenversicherung zurücküberweisen, wenn diese sie als zu Unrecht erbracht zurückfordern (Satz 2). Eine Verpflichtung zur Rücküberweisung besteht nicht, soweit über den entsprechenden Betrag bei Eingang der Rückforderung bereits anderweitig verfügt wurde, es sei denn, dass die Rücküberweisung aus einem Guthaben erfolgen kann (Satz 3). Das Geldinstitut darf den überwiesenen Betrag nicht zur Befriedigung eigener Forderungen verwenden (Satz 4).

Ä

Über den entsprechenden Betrag war bei Eingang der Rückforderung beim Kreditinstitut am 04.09.2020 bereits anderweitig verfügt worden, denn das Konto, das seinerzeit vom Rentenberechtigten für den Renteneingang bestimmt worden war, war zu diesem Zeitpunkt bei 575,21 Euro im Soll. Eine Rücküberweisung aus einem Guthaben war somit nicht möglich, sodass der

Einwand der anderweitigen Verfǘgung nicht durch [Â§Â 118 Abs.Â 3 SatzÂ 3 HalbsatzÂ 2 SGBÂ VI](#) ausgeschlossen ist. Inwieweit Œ¼ber das Konto zuvor Buchungen abgewickelt wurden, kann dabei dahinstehen, weil in der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts geklärt ist, dass Saldierungen durch Gutschriften einer Befreiung des Geldinstituts von der Rückzahlungspflicht nicht entgegenstehen, solange die Gutschriften nicht bis zum Zeitpunkt der Rückforderung zu einem Habensaldo geführt haben. Soweit dies nicht der Fall ist, kann das Geldinstitut im Sinne des [Â§Â 118 Abs.Â 3 SatzÂ 3 SGBÂ VI](#) stets geltend machen, dass âsmtlicheâ Verfǘgungen die eingegangene Gutschrift der Sozialleistung wieder aufgezehrt haben (BSG, Urteil vom 24.10.2013 â [BÂ 13Â RÂ 35/12Â R](#), juris, Rn.Â 40; BSG, Urteil vom 03.06.2009 â [BÂ 5Â RÂ 120/07Â R](#), juris, Rn.Â 22Â ff.; dem folgend für beamtenrechtliche Versorgungsbezüge: BVerwG, Urteil vom 24.06.2010 â [2Â CÂ 14/09](#), juris, Rn.Â 11Â ff.).

Â

Die Berechtigung des Geldinstituts zur Verweigerung der Rücküberweisung scheitert hinsichtlich des streitbefangenen Betrags, den die Klgerin erstatten soll, auch nicht am Verbot der Befriedigung eigener Forderungen des Geldinstituts nach [Â§Â 118 Abs.Â 3 SatzÂ 4 SGBÂ VI](#). Denn das gegen die Klgerin gerichtete Erstattungsbegehren bezieht sich allein auf die Summe der im Zeitraum vom 01.10.2015 bis zum 31.03.2020 an die Klgerin Œ¼berwiesenen Mieten, beinhaltet also gerade nicht Beträge, die vom Geldinstitut zur Befriedigung eigener Forderungen entsprechend der monatlichen Entgeltabrechnungen verwandt worden sind.

Â

Der Einwand der anderweitigen Verfǘgung ist darüber hinaus nicht durch eine Kenntnis des Geldinstituts vom Tod des Rentenberechtigten bei Ausführung einer Verfǘgung zu Lasten von dessen Konto ausgeschlossen (vgl. dazu BSG, Urteil vom 26.09.2019 â [BÂ 5Â RÂ 4/19Â R](#), juris, Rn.Â 17Â ff. m.w.N.). Denn das Geldinstitut erlangte selbst erst Kenntnis vom Tod des Rentenberechtigten am 14.08.2020, nachdem die Rentenzahlungen bereits wegen des Todes ab dem 31.03.2020 eingestellt waren. Eine dem Einwand anderweitiger Verfǘgung entgegenstehende vorherige Bsghubigkeit des Geldinstituts aufgrund Kenntnis vom Tod der Rentenberechtigten liegt von daher nicht vor.

Â

Da ein Rckberweisungsanspruch in der geltend gemachten Höhe gegen das Geldinstitut wegen des berechtigten Einwands der anderweitigen Verfǘgung nach [Â§Â 118 Abs.Â 3 SGBÂ VI](#) somit ausscheidet, ist der Erstattungsanspruch gegen Empfnger nach [Â§Â 118 Abs.Â 4 SatzÂ 1 Alt.Â 1 SGBÂ VI](#) anwendbar. Dessen Voraussetzungen zur Inanspruchnahme der Klgerin sind erfüllt.

Â

Im von der Beklagten geltend gemachten Zeitraum vom 01.10.2015 bis zum 31.03.2020 ist für die Zeit nach dem Tod des Rentenberechtigten am 21.09.2015 Altersrente als Geldleistung zu Unrecht durch Überweisung auf das von ihm hierfür bestimmte Konto erbracht worden. Die Überweisung der Altersrente widerspricht dem Gesetz und geschah mithin zu Unrecht, weil nach [§ 102 Abs. 5 SGB VI](#) ein Anspruch auf Zahlung der Rente nur bis zum Ende des Kalendermonats besteht, in dem der Berechtigte gestorben ist, hier also bis zum 30.09.2015. Die Bindungswirkung der Rentenbewilligung vermag die Zahlungen nicht zu rechtfertigen, weil sich der diesbezügliche Verwaltungsakt mit dem Tod des Rentenberechtigten ohne Aufhebungsbescheid erledigt hat (ständige Rechtsprechung; vgl. BSG, Urteil vom 26.09.2019 – [B 5 R 4/19 R](#), juris, Rn. 14 m.w.N.).

Ä

Die Klägerin ist (mittelbare) Empfängerin der zu Unrecht erbrachten Geldleistungen, da der streitige Betrag in Höhe von 33.937,34 Euro durch Lastschriftzug auf ihr Konto weitergeleitet wurde, wobei es sich um ein abgeschlossenes bankübliches Zahlungsgeschäft handelte (vgl. BSG, Urteil vom 17.06.2020 – [B 5 R 21/19 R](#), juris, Rn. 21 ff.; BSG, Urteil vom 09.12.1998 – [B 9 V 48/97 R](#), juris, Rn. 27). Hierfür gilt der in [§ 118 Abs. 3 Satz 1 SGB VI](#) gesetzlich fingierte Vorbehalt, der die Wirkungen des Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) und dessen Rechtsgedankens (keine Rückforderung einer Leistung bei Kenntnis der Nichtschuld) ausschließt. Es handelt sich dabei um privatrechtsverdrängendes öffentliches Sonderrecht des Staates, das insoweit dem Zivilrecht vorgelagert ist (BSG, Urteil vom 13.11.2008 – [B 13 R 48/07 R](#), juris, Rn. 57 m.w.N.). Dieser öffentlich-rechtliche Vorbehalt wirkt nicht nur gegenüber dem Geldinstitut, sondern auch gegenüber den Erben als neuen Kontoinhabern und sogar gegenüber Dritten unabhängig davon, ob diese Kenntnis von ihm haben. Er ist rechtstechnisch als auflösende Bedingung ausgestaltet und bewirkt kraft Gesetzes, dass eine ggf. noch vor dem Todeszeitpunkt des Rentenberechtigten für den Folgemonat vorgenommene Rentengutschrift ihre materiell-rechtliche Wirksamkeit wieder verliert bzw. eine erst nach dem Tod erfolgte Gutschrift von vornherein nicht wirksam wird. Sie ist somit rechtsgrundlos und fehlgeschlagen (BSG, Urteil vom 24.02.2016 – [B 13 R 22/15 R](#), juris, Rn. 19 m.w.N.).

Ä

Auf eine Sorglosigkeit des Empfängers – d.h. seine Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis sowohl vom Tod des Rentenberechtigten als auch vom Entsprechen des empfangenen Betrags mit der überzahlten Rente – kommt es demgegenüber für seine Inanspruchnahme nicht an. Das Gesetz schützt umgekehrt auch nicht seinen guten Glauben bei Empfang der Zahlung. Denn [§ 118 Abs. 3 und Abs. 4 SGB VI](#) stellen mit dem Begriff „Geldleistungen“ allein auf den Wert des Betrags ab, der gerade deshalb zugeflossen ist, weil der Erfüllungszweck der Rentenüberweisung wegen des Todes des Empfängers nicht mehr erreicht werden kann (vgl. BSG, Urteil vom 20.12.2001 –

[BÄ 4Ä RAÄ 53/01Ä R](#), juris, Rn.Ä 26 m.w.N.). Mit der Gutschrift auf dem Konto des Rentenberechtigten verliert die Rentenzahlung ihren ursprÄ¼nglichen Charakter als Sozialleistung (vgl. BSG, Urteil vom 11.12.2002 â¼¼ [BÄ 5Ä RJÄ 42/01Ä R](#), juris, Rn.Ä 26; BSG, Urteil vom 09.12.1998 â¼¼ [BÄ 9Ä VÄ 48/97Ä R](#), juris, Rn.Ä 25). Deshalb nimmt [Ä§Ä 118 Abs.Ä 4 SatzÄ 1 Alt.Ä 1 SGBÄ VI](#) zum Schutz der Beitragszahler vor einer Belastung durch rechtsgrundlos erbrachte Leistungen auch einen Personenkreis in Anspruch, der weder am SozialrechtsverhÄ¼ltnis des Versicherten noch an seiner bankvertraglichen Beziehung zum kontofÄ¼hrenden Geldinstitut Anteil hat, noch zu erkennen vermag, dass der ihm zugewandte Geldwert ganz oder teilweise gerade dem Betrag der Geldleistung entspricht (BSG, Urteil vom 24.10.2013 â¼¼ [BÄ 13Ä RÄ 35/12Ä R](#), juris, Rn.Ä 34 m.w.N.).

Ä

Eine teleologische Reduktion des [Ä§Ä 118 Abs.Ä 4 SatzÄ 1 Alt.Ä 1 SGBÄ VI](#) dahin, dass eine Inanspruchnahme des EmpfÄ¼ngers einer unbaren Geldleistung, die zu Lasten eines Kontos mit postmortalen RenteneingÄ¼ngen erbracht worden ist, nur dann in Betracht kommt, wenn Ä¼ber die tatsÄ¼chliche Weiterleitung eines entsprechenden Geldbetrags hinaus ein sachlicher Grund fÄ¼r die AbwÄ¼lung des Schadens auf den ZahlungsempfÄ¼nger festzustellen ist (so LSG Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 18.12.2019 â¼¼ [LÄ 2Ä RÄ 116/19](#), juris, Rn.Ä 44), lehnt die Kammer ab. Damit soll ein Vertrauensschutz zugunsten gutglÄ¼ubiger EmpfÄ¼nger erreicht werden, der allerdings zulasten der Versichertengemeinschaft geht.

Ä

Eine solche teleologische Reduktion scheidet aus, weil der Zweck der Vorschrift gerade ist, dem RentenversicherungstrÄ¼ger die schnelle, einfache und vollstÄ¼ndige RÄ¼ckabwicklung fehlgeschlagener Zahlungen aus zweckbezogenen BeitrÄ¼gen zu ermÄ¼glichen. Der RentenversicherungstrÄ¼ger ist treuhÄ¼nderischer Sachwalter der Mittel, die ihm seine Mitglieder durch ihre BeitrÄ¼ge zur Finanzierung (auch) der rentenversicherungsrechtlichen Geldleistungen zur VerfÄ¼gung gestellt haben. Er muss deshalb fehlgeschlagene â¼¼ unter gesetzlich fingiertem Vorbehalt des [Ä§Ä 118 Abs.Ä 3 SatzÄ 1 SGBÄ VI](#) geleistete â¼¼ Zahlungen rÄ¼ckabwickeln, um die zweckentsprechende Verwendung der BeitrÄ¼ge sicherzustellen und die Solidargemeinschaft der Versicherten vor finanziellen Verlusten zu bewahren (vgl. BSG, Urteil vom 03.06.2009 â¼¼ [BÄ 5Ä RÄ 120/07Ä R](#), juris, Rn.Ä 34; BSG, Urteil vom 11.12.2002 â¼¼ [BÄ 5Ä RJÄ 42/01Ä R](#), juris, Rn.Ä 30; BSG, Urteil vom 20.12.2001 â¼¼ [BÄ 4Ä RAÄ 53/01Ä R](#), juris, Rn.Ä 30). Dadurch werden letztlich die Finanzen der Rentenversicherung stabilisiert und ihre Finanzierbarkeit gesichert, was ein im Ä¼ffentlichen Interesse liegendes Regelungsziel darstellt, das dazu dient, die Funktions- und LeistungsfÄ¼higkeit des Systems der gesetzlichen Rentenversicherung im Interesse aller zu erhalten (BVerfG, Urteil vom 05.02.2009 â¼¼ [1Ä BvRÄ 1631/04](#), juris, Rn.Ä 15 m.w.N.).

Ä

Die vorgeschlagene teleologische Reduktion würde somit den eigentlichen Zweck der Vorschrift gerade in sein Gegenteil verkehren und den gesetzlich fingierten Vorbehalt des [Â§Â 118 Abs.Â 3 SatzÂ 1 SGBÂ VI](#) weitestgehend leerlaufen lassen. Die Regelung des [Â§Â 118 Abs.Â 4 SatzÂ 1 Alt.Â 1 SGBÂ VI](#) belässt vielmehr das wirtschaftliche Risiko eines Zahlungsausfalls beim Vertragspartner eines Rentenberechtigten für den Fall, dass der Rentenberechtigte bereits verstorben ist und auf die gegen ihn bestehende Forderung aus überzahlter Rente gezahlt wurde. Die Vorschrift verhindert mithin eine Verschiebung des Risikos auf die gesetzliche Rentenversicherung zulasten der Solidargemeinschaft der Beitragszahler. Das ist sachgerecht, weil das Risiko des Zahlungsausfalls bereits ursprünglich beim Vertragspartner des Rentenberechtigten lag. An diesem Risiko wird er lediglich verlängert festgehalten, um die Rückführung von Zahlungen in die Rentenkasse zu ermöglichen, die er ohnehin nicht erhalten hätte, wenn der Wegfall der Rentenberechtigung rechtzeitig bekannt gewesen wäre (vgl. LSG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 18.01.2008 [LÂ 22Â RÂ 142/06](#), juris, Rn.Â 53).

Â

Durchgreifende Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des [Â§Â 118 Abs.Â 4 SatzÂ 1 Alt.Â 1 SGBÂ VI](#) (offengelassen in BVerfG, Beschluss vom 21.02.2018 [1Â BvRÂ 606/14](#), juris; BSG, Urteil vom 17.06.2020 [BÂ 5Â RÂ 21/19Â R](#), juris, Rn.Â 15) hat die Kammer vor diesem Hintergrund nicht (ebenso BSG, Urteil vom 11.12.2002 [BÂ 5Â RJÂ 42/01Â R](#), juris, Rn.Â 30; auch nicht bei der Inanspruchnahme von Verfallenden: BSG, Urteil vom 20.05.2020 [BÂ 13Â RÂ 4/18Â R](#), juris, Rn.Â 31Â ff.; so auch Schoen, WM 2014, 2070Â ff.). Hier kommen die auf grundrechtliche Erwägungen zu [Art.Â 3](#) und [14](#) Grundgesetz (GG) gestützten Bedenken (vgl. LSG Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 18.12.2019 [LÂ 2Â RÂ 116/19](#), juris, Rn.Â 70Â ff.; Escher-Weingart, WM 2014, 293Â ff.; Escher-Weingart/Scheel, WM 2016, 857Â ff.) zudem ohnehin nicht zum Tragen, weil Gesellschafter der Klägerin ausschließlich juristische Personen öffentlichen Rechts sind, nämlich eine Stadt und eine Sparkasse. Diese sind keine Grundrechtsträger.

Â

Nach [Â§Â 118 Abs.Â 4 SatzÂ 2 SGBÂ VI](#) hat der Träger der Rentenversicherung Erstattungsansprüche durch Verwaltungsakt geltend zu machen. Als Adressat kommen Empfänger und Verfallende ([Â§Â 118 Abs.Â 4 SatzÂ 1 SGBÂ VI](#)) gleichrangig in Betracht, ebenso Erben unbeschadet eines Anspruches nach [Â§Â 50 SGBÂ X](#) ([Â§Â 118 Abs.Â 4 SatzÂ 4 SGBÂ VI](#)). Eine Rang- und Reihenfolge zwischen den möglichen Adressaten ergibt sich nicht (vgl. BSG, Urteil vom 20.05.2020 [BÂ 13Â RÂ 4/18Â R](#), juris, Rn.Â 30; BSG, Urteil vom 10.07.2012 [BÂ 13Â RÂ 105/11Â R](#), juris, Rn.Â 31Â ff.). Die Inanspruchnahme der Klägerin ist auch von daher nicht zu beanstanden. Fehler in der Berechnung sind nicht ersichtlich. Die Klage war abzuweisen.

Â

Die Kostenentscheidung beruht auf [§ 197a SGG](#) i.V.m. [§ 154 Abs. 1](#)
Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO).

Â

Erstellt am: 08.05.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024